



# Interviews

**Datum: 29 Juni 2025**

## **Stephan Detjen im Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident**

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

**Detjen:** Am Mikrofon ist Stephan Detjen, und dieses Mikrofon steht heute im Amtszimmer des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue. Und Frank-Walter Steinmeier, der Bundespräsident, ist heute bei uns zu Gast im Interview der Woche bzw. wir dürfen bei Ihnen zu Gast sein, vielen Dank dafür, Herr Bundespräsident.

**Steinmeier:** Guten Morgen, Herr Detjen, und herzlich willkommen.

**Detjen:** Herr Bundespräsident, wir treffen uns in einer Zeit, in der die Welt, tja, in einem beunruhigenden Zustand ist. Wir haben einen neuen Krieg im Nahen Osten erlebt. In Gaza herrscht die Hölle. Der Krieg in der Ukraine geht weiter. Wir haben in der zurückliegenden Woche erlebt, wie die europäischen Staats- und Regierungschefs Donald Trump, dem US-Präsidenten, huldigen mussten, damit sich die USA nicht aus ihren NATO-Verpflichtungen zurückziehen. Und was macht der Bundespräsident? Er bereitet sich auf einen dreitägigen Ausflug nach Neuruppin im nördlichen Brandenburg vor. Um dort, ja, was zu machen in diesen Zeiten?

**Steinmeier:** Weil wir die Menschen nicht unterschätzen sollten, all das, was Sie aufgeführt haben, spielt auch in der Region außerhalb der Bundeshauptstadt eine Rolle. Und deshalb nehme ich mir hin und wieder die Zeit und führe all diese Debatten auch dort, wo man sie möglicherweise nicht vermutet. Und sie werden dort mit Neugier und Interesse geführt. Und ich glaube, die Politik tut gut daran, ich habe das jedenfalls für mich so entschieden, als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen, um ein bisschen einzuordnen, um die Möglichkeiten der Politik zu erläutern, aber auch die Grenzen von Politik. Ich glaube, das ist dringend notwendig. Und diese Gesprächsreihe, die sogenannten „Ortszeiten“, bei denen ich meinen Amtssitz bewusst von Berlin in die Region verlege, die sind ja nicht vom Himmel gefallen.

**Detjen:** 16 sind es, glaube ich, gewesen inzwischen, diese „Ortszeit“-Termine.

**Steinmeier:** Wir stehen jetzt vor der 16. „Ortszeit“, 15 liegen hinter uns, 9 werden wir dann insgesamt in den neuen Bundesländern gehabt haben. Und die Gewichtung ist nicht ganz zufällig, weil es mit dem Ursprung dieser „Ortszeiten“ zusammenhängt. Die Idee und die Notwendigkeit dieser Idee ist entstanden in der Zeit der Pandemie,

in der Coronazeit, in der das gesellschaftliche Leben ja einen beunruhigenden Verlauf genommen hat. Und ich sage rückblickend heute, der Lockdown, über den sich viele erregt haben, was auch zur Unzufriedenheit mit der Politik geführt hat, der Lockdown war irgendwann zu Ende. Der Stillstand der Gespräche, der ist vor Ort erhalten geblieben und hat sich dann erschöpft, häufig in Beschimpfung der Politik oder in gegenseitigen Beschimpfungen der Bevölkerung vor Ort. Und dieses aufzubrechen, das war der Ursprung für die „Ortszeiten“, gerade dort hinzugehen, in Städte und Gemeinden zwischen, sagen wir, 20.000 und 40.000 Einwohnern, dort hinzugehen, wo ich vermehrt gehört habe, „hier wohnen die, hier wohnen wir“, die nicht gesehen und nicht gehört werden. Das funktioniert. Das war eine Idee, die trägt, und ich werde es unabhängig von den Weltläufen auch weiter machen.

**Detjen:** Aber Sie haben jetzt gesagt, die Ursprünge liegen in der Zeit der Coronapandemie, und das mutet ja im Rückblick fast an wie eine andere Epoche, wenn wir auf die Welt heute schauen. Erzählen Sie mal: Was erwarten Sie, wie spielt diese Weltlage, über die wir jetzt am Anfang schon kurz gesprochen haben, wie spielt die in die Gespräche rein, die Sie da erwarten? Man erlebt das ja zurzeit wahrscheinlich überall, Sie wahrscheinlich auch. Man geht zum Bäcker, man geht in den Wald spazieren, die Leute sprechen einen an und fragen und erzählen. In Chat-Gruppen von Schülern wird darüber diskutiert, ob der Dritte Weltkrieg bevorsteht. Das sind doch wahrscheinlich Fragen, mit denen Sie auch konfrontiert sind.

**Steinmeier:** Wenn ich darauf mit zwei unterschiedlichen Eindrücken antworten darf, dann ist der erste Eindruck vielleicht der: Ich bin auch in die Regionen, auch in diese kleineren und mittleren Städte gefahren unter dem Eindruck einer öffentlichen Beiraterstimmung, die ja doch bei Politikern eher den Eindruck erweckte, man wird eher lieber von hinten als von vorne gesehen. Dieser Eindruck hat sich überhaupt nicht bestätigt, sondern jetzt nach 15, demnächst der 16. „Ortszeit“ kann ich für mich sagen, die Leute begegnen einem mit Neugier. Und vieles ist in den Gesprächen davon abhängig, ob es gelingt, die Schwelle, die Eintrittsschwelle für die politischen Gespräche im engeren Sinne halt abzusenken. Wir haben deshalb ein besonderes Format erfunden. Das heißt „Kaffeetafel kontrovers“. Das klingt so ein bisschen leicht, aber es war für uns die Möglichkeit, Menschen an den Tisch zu holen mit ganz unterschiedlichen Auffassungen, die sich nicht selbst als Sachverständige ausrüsten müssen, sondern die mit ihren Vorbehalten, mit ihren Fragen kommen und sie dem Bundespräsidenten stellen, oft auch hartnäckige Kritik. Zweitens, ja, auch an solchen Tischen, das sind meistens Gruppen von 15 bis 20 Personen, wie gesagt, ganz unterschiedlicher Auffassung, ganz unterschiedlicher Position, haben wir jetzt in den letzten zwei Jahren heftige Debatten gehabt, heftige Debatten über Krieg und Frieden und die, wenn Sie nach Unterschieden fragen, im Osten unseres Landes noch ein

bisschen härter waren als im Westen, wo ich am Ende froh war, dass Vorbehalte zum Ausdruck gekommen sind, weil man dann mindestens versuchen kann, mit guten Argumenten zu reagieren und ich immer wieder habe deutlich machen können, warum dieses ein Krieg ist, ein Angriffskrieg, den wir nicht ignorieren können, nicht die deutsche Politik in Berlin, aber eben auch nicht die Gesellschaft als Ganze, weil es uns angeht, weil hier etwas bedroht ist, was uns ausmacht. Freiheit und Demokratie ist etwas, das wir zu verteidigen haben und das in der Ukraine von Russland aufs Ernsthafteste bedroht wird.

**Detjen:** Aber diese Fragen werden jetzt sehr konkret im Leben der Menschen. Wenn Sie in Neuruppin jetzt nächste Woche Schülern, ich nehme jetzt mal die männlichen Schüler raus, weil es die primär betrifft, begegnen und die Sie fragen: „Müssen wir uns darauf einstellen, dass wir in den nächsten Jahren Soldaten werden?“, was antworten Sie denen?

**Steinmeier:** Das, was ich öffentlich in Berlin auch sage, ich gehöre ja zu denjenigen, die die Wehrpflicht öffentlich auch begrüßt haben, die Debatte über die Wehrpflicht öffentlich begrüßt haben. Und sie nimmt jetzt fast einen etwas überstürzten Verlauf, und der Verteidigungsminister sagt ja zu Recht: „So sehr ich für die Wehrpflicht Verständnis habe, wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Suspendierung der Wehrpflicht im Jahre 2011 Folgen hatte.“ Die Kasernen gibt es nicht mehr, die Ausbilder gibt es nicht mehr. Das Personal zur Betreuung innerhalb der Bundeswehr steht nicht mehr zur Verfügung. Und deshalb liegt die Priorität, aus meiner Sicht völlig zu Recht, zunächst einmal auf den Möglichkeiten zur Ausweitung des Freiwilligen Wehrdienstes. Und das hat ja auch schon Folgen. Die Erfassung und Musterung, die ebenfalls 2011 fallengelassen worden ist, die wird jetzt wieder eingeführt werden. Das heißt, jeder junge Mann in dem entsprechenden Alter von 18 Jahren wird erfasst werden. Und dann wird eine Kommunikation stattfinden, in der die Leute dann gefragt werden, ob sie bereit sind, Freiwilligen Wehrdienst zu leisten, den sie leisten werden entweder aus Einsicht in die Notwendigkeit oder - und weil dieser Freiwillige Wehrdienst attraktiver gemacht werden kann. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass jeder, der Soldat wird, deshalb schon in den Krieg zieht. Militärische Stärke ist ja nicht dazu da, einen Krieg vorzubereiten, sondern ihn zu verhindern. Dazu braucht man moderne Ausrüstung, und dazu braucht man auch Soldatinnen und Soldaten.

**Detjen:** Zu den Diskussionen über Kriege, die wir jetzt erleben, vor den Hintergrund dieser Debatte gehört ja auch die Frage: wie beurteilen wir Kriege? Und das ist die Debatte über Völkerrecht. Wir erleben auch, ich glaube, das kann, das muss man so sagen, eine Erosion des Völkerrechts. Wir sehen Anzeichen dafür auch in Deutschland. Die Frage ist, können sich junge Leute, die jetzt vor der Frage stehen: „Gehe

ich in die Bundeswehr? Kommt möglicherweise ein Wehrdienst auf mich zu?“, können die sich noch darauf verlassen, dass sie ihr Leben einsetzen in einer Welt, in der auch in Deutschland noch Regeln, die im Völkerrecht kodifiziert sind, gelten?

**Steinmeier:** Ich habe vor kurzem auf der Münchner Sicherheitskonferenz geredet, bei der Anwesenheit des amerikanischen Vizepräsidenten, und habe dort ja sehr bewusst gesagt, Regellosigkeit kann nicht das Leitbild für die Zukunft der Ordnung der Welt sein. Mit dem Satz alleine ist die Weltordnung noch nicht gerettet. Das ist mir völlig klar. Wir müssen nur, das ist jedenfalls meine persönliche Meinung, die ich auch anderswo äußere, wir sollten nicht davon ausgehen, dass Disruption, wie sie vielfach befürwortet wird, nicht nur in den USA, dass Disruption uns schon in eine bessere Welt führt. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir die Debatte über die multilaterale Ordnung nicht führen als eine Debatte des letzten Jahrhunderts. Ja, die Vereinten Nationen sind 80 Jahre alt geworden. Sie bedürfen der Reform, aber die Notwendigkeit, uns wieder zurück zu orientieren, nicht nur auf die VN-Charta, sondern auch auf die Institutionen der Vereinten Nationen, die bleibt erhalten. Und das ist mein Plädoyer. Nur das Plädoyer alleine bringt uns noch nicht ans Ziel. Ich bin nur dafür, dass wir dem Konzept der Regellosigkeit etwas entgegenhalten. Und das ist Fairness, das ist Vertrauen, das ist Weltoffenheit, das ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Und es ist ja nicht so, als ob das von allen Staaten rund um den Erdball schon aufgegeben worden wäre. Ich glaube, die Mehrheit würde sich ja immer noch unter solchen Zielstellungen wohlfühlen.

**Detjen:** Die Frage, wie wir es, wie Deutschland es mit dem Völkerrecht hält, die ist ja sehr konkret geworden. Die richtet sich sehr konkret an diese Bundesregierung. Wir haben einen Bundeskanzler, der gesagt hatte, Sie habe gerade von den Institutionen der Vereinten Nationen gesprochen, dass er den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Ministerpräsidenten, so hat er das formuliert, nicht akzeptieren will, der gesagt hat, die Angriffe Israels auf den Iran, die von vielen Völkerrechtlern für sehr fragwürdig gehalten werden, deren Legitimität sei die Drecksarbeit, die nun mal auch für uns verrichtet werden muss. Sind das nicht Anzeichen, die auch Sie, Sie sind ja auch mit ein Hüter der Verfassung, und Völkerrecht ist in Deutschland geltendes Verfassungsrecht, die Sie beunruhigen müssen?

**Steinmeier:** Ja, ich habe ja gerade gesagt, gerade wir, die wir im Grunde genommen geboren worden sind aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen, dass wir mithilfe einer internationalen Staatengemeinschaft wieder aufgenommen worden sind in diese Staatengemeinschaft, gerade wir sollten die Völkerrechtsordnung zum Teil unserer eigenen Identität erklären. Deshalb dürfen wir nicht ignorieren, wo Völkerrecht nicht nur missachtet wird, sondern wo heute, und das gilt ja nicht nur in der Politik,

sondern ich bin Zeitungsleser, ich bin Fernsehzuschauer, mit leichter Hand Völkerrecht sogar verächtlich gemacht wird.

**Detjen:** Gehören die Äußerungen des Bundeskanzlers mit dazu?

**Steinmeier:** Wenn Sie sich erinnern, ich habe dazu ja auch in Anwesenheit des israelischen Präsidenten vor einiger Zeit hier im Park des Bellevue ein öffentliches Wort dazu gesagt, indem ich bei einer Nachfrage von einem Ihrer Kollegen, wie gehen wir um mit den Haftbefehl, gesagt habe, beide Seiten werden klug genug sein, um es zu einer Entscheidung in dieser Frage nicht kommen zu lassen. Das ist ein Plädoyer dafür, das Völkerrecht nicht zu ignorieren, aber zu vermeiden, dass es in diesem Fall getestet wird.

**Detjen:** Die Diskussion spitzt sich jetzt noch mal einfach zu, gerade am Verhalten Deutschlands gegenüber Israel an den Äußerungen zum Nahostkonflikt. Auch Sie wurden kritisiert, weil Sie bei Ihrem Besuch in Israel den israelischen Premierminister, Benjamin Netanjahu, getroffen haben. Der französische Staatspräsidenten, Emmanuel Macron, zum Beispiel hat sich ein paar Tage davor unmittelbar in einer langen Grußbotschaft an die israelische Friedensbewegung und Opposition bei einem Kongress mit palästinensischen Aktivisten gerichtet. Also wieweit verstehen Sie, dass sich daran nicht nur in Deutschland, sondern ja weltweit der Vorwurf gegen Deutschland richtet, dass Deutschland es mit dem Völkerrecht eben doch nicht so genau hält, dass Deutschland sich den Vorwurf von Doppelstandards immer wieder anhören muss?

**Steinmeier:** Anhören müssen wir uns das, und ich muss mir auch anhören, wenn einige kritisieren, dass ich mit dem israelischen Ministerpräsidenten direkt spreche. Aber wir können doch nicht teilnahmslos danebenstehen und das Gespräch mit den Israelis alleine anderen überlassen, jedenfalls nicht in einer Situation, von der ich glaube, dass nicht alle Ratschläge aus Deutschland willkommen sind, von der ich aber glaube, dass man in Israel noch schätzt, dass wir um die Geschichte Israels wissen, dass wir für die Sicherheit Israels eintreten, dass wir diejenigen infrage stellen und heftiger Kritik unterziehen, die das Existenzrecht Israels infrage stellen. Wer, wenn nicht wir soll in solchen Situationen denn das direkte Gespräch suchen?

**Detjen:** Lassen Sie uns über die jüngste Entwicklung, über die jüngste Eskalation in diesem Nahostkonflikt sprechen, über den Krieg, über die Angriffe Israels auf den Iran und die folgenden Gegenangriffe Irans auf Israel. Es ging um das iranische Atomprogramm. Und Sie waren ja Außenminister 2015, als das Atomabkommen mit

dem Iran, auch unter Mitwirkung europäischer Staaten, auch unter deutscher Mitwirkung, ausgehandelt und abgeschlossen wurde. Wie haben Sie diese Entwicklung vor diesem Hintergrund gesehen? War das wirklich der Moment, wo Iran sich so verhalten hat, dass es keinen anderen Weg gab, als militärisch zuzuschlagen?

**Steinmeier:** Erstens, die Maxime bleibt, der Iran darf nicht in den Besitz von Atomwaffen kommen. Das war auch die gemeinsame Maxime der Europäer, der Amerikaner, damals auch der Chinesen und Russen und der gesamten arabischen Nachbarn Irans, als die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm 2004 begonnen haben. Und ich habe ja insgesamt sieben Jahre meiner Lebenszeit an diesen Verhandlungen teilgenommen. Und deshalb sage ich mit einigem Selbstbewusstsein, der Iran war vom Griff nach der Atombombe vermutlich nie weiter entfernt als nach dem Abschluss des Abkommens 2015. Ich habe die Situation gut in Erinnerung und weiß, dass der Verdacht, der heute manchmal gestreut wird, die Verhandlungen seien nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit geführt worden, ich weiß nach diesen sieben Jahren Verhandlungen, an denen ich teilgenommen habe, dass das Gegenteil der Fall ist. Es war bis in die kleinsten technischen Details hinunter geregelt, was die technischen Standards der Zentrifugen angeht, was die Zahl der Zentrifugen angeht, was Anreicherungsgrenzen für Uran angeht, was die Bevorratung von Hexafluorid im Iran angeht, was außer Landes zu schaffen sein wird, welche Inspektionsmöglichkeiten der IAEO zur Verfügung stehen sollten, alles das war in diesem Abkommen geregelt und entscheidend, es war mit einem sogenannten Snapback-Mechanismus verbunden. Das heißt, für den Fall, dass der Iran seine Verpflichtungen aus dem Abkommen verletzt, konnte alles wieder infrage gestellt werden und neue Sanktionen gegen den Iran in Kraft treten. Das ist Geschichte, und die Geschichte ist anders verlaufen, als wir uns das gewünscht haben. Das Abkommen ist nicht getestet worden. Der Iran ist nicht getestet worden mit diesem Abkommen, ob er sich auf eine konstruktivere Rolle im Mittleren Osten bewegen kann, sich darauf verständigen kann, sondern das Abkommen ist anderthalb Jahre später unter der damaligen Trump 1-Administration gekündigt worden. Das ist Geschichte. Jetzt sind wir zehn Jahre weiter, und in diesen gut sechs, sieben Jahren nach Aufkündigung des Abkommens ist es wahrscheinlich so, dass der Iran seine Anstrengungen zur Uran-Anreicherungen erheblich verstärkt hat und sie beschleunigt hat, wahrscheinlich auch die Beschaffung der Zentrifugen. Und vermutlich ist es so, ich habe kein eigenes geheimdienstliches Wissen, vermutlich ist es so, dass der Iran heute, zehn Jahre nach dem Abkommen, sehr viel näher an der Entwicklung eines Atomprogramms mit dem Risiko der Weiterentwicklung zu Atomwaffen ist. In einer solchen Situation hat Israel gehandelt. Die völkerrechtliche Beurteilung ist nicht ganz einheitlich, und Sie sehen es ja selbst auch. Da wird oft in den Zeitungen Pro und Kontra nebeneinandergestellt. Richard Schneider hat vor kurzem im Spiegel geschrieben als Rechtfertigung für das

israelische Handeln: „Ein Land, das aus der Asche des Holocaust geboren ist, da ist Geduld keine Tugend, sondern ein Risiko.“ Damit meint er, wenn es um die Frage der atomaren Bewaffnung geht und dem Risiko eines Schlages gegen Iran, kann man kaum abwarten, bis der Schlag stattgefunden hat, sondern dann kommt es eher darauf an, wie dicht ist das Wissen darüber, dass eine solche Waffe entwickelt worden ist und möglicherweise zum Einsatz kommt. Die Völkerrechtler sagen unter Bezug auf die VN-Charta völlig zu Recht: „Wir haben ein Gewaltverbot im Völkerrecht der Vereinten Nationen. Von diesem Gewaltverbot gibt es eine Ausnahme, das ist der Fall der Selbstverteidigung.“ Ob diese Selbstverteidigung hier greift, das ist eine Frage, die an den Fakten hängt, und die schildert Israel so, dass die Entwicklung des Atomprogramms so weit vorangeschritten war, dass sich daraus eine unmittelbare Bedrohung für Israel ergibt, also das Selbstverteidigungsrecht greift.

**Detjen:** Diese Diskussion, die wir jetzt führen, wir könnten jetzt wieder die völkerrechtliche Diskussion fortsetzen, die wählen natürlich auch in der deutschen Bevölkerung auf, in einer Bevölkerung, die vielfältig ist. Wir haben einen großen Anteil, zunehmenden Anteil von Menschen, die aus arabischen Ländern kommen, die mit Migrationshintergrund in Deutschland leben. Und wenn man mit denen, mit deren Vertretern spricht, dann hört man, gerade in den letzten Jahren, viel Unverständnis, viel Frustration über deutsche Politik. Das macht sich an einem Hauskonflikt fest, an der Politik der Staatsraison. Das macht sich aber auch an anderen Dingen fest, etwa am Erstarken des Rechtsextremismus in Deutschland, am Umgang, am Erstarken der AfD. Ist das ein Eindruck, den Sie teilen, den Sie nachvollziehen können? Wie nehmen Sie das wahr?

**Steinmeier:** Also wer könnte nicht besorgt sein über eine politische Entwicklung im Lande, in der große Anteile einer jüngeren Generation radikalen Parteien zuneigen oder ihre Zuneigung erkennen lassen. Da gibt es keinen entspannten Blick auf die gegenwärtige Situation. Ich sage nur, Larmoyanz hilft ja nicht. Und ich komme vielleicht mit einem Satz noch mal zurück auf meine Eingangsbemerkungen zur „Ortszeit“. Ich gehe ja bewusst auch in Regionen, wo die Zustimmung zu rechtsextremistischen Parteien besonders hoch ist. Wir haben jetzt einige Gemeinden in der „Ortszeit“ gehabt, wo wir Zustimmungsraten von 35 bis über 40 Prozent hatten. Ich gehe bewusst dorthin, weil ich auch selbst sehen will: Bedeutet das schon, dass die Menschen nicht mehr ansprechbar sind, für uns, für die Vertreter und Repräsentanten von politischen Positionen? Und ich sage, ja, das stimmt für 10, vielleicht 15 Prozent, aber für den großen Rest stimmt es noch nicht. Und deshalb sage ich noch mal, Larmoyanz hilft nicht, sondern hingehen hilft, die Auseinandersetzung suchen, selbst wenn man in der unmittelbaren Situation noch keine Zustimmung erfährt bzw. endgültig überzeugt hat. Wissen Sie, die schönsten Situationen für mich am Ende einer

„Ortszeit“ ist, wie ich es jetzt zwei-, dreimal erlebt habe, dass mir aus einer Runde von ganz unterschiedlichen Leuten am Tisch gesagt wird: „Warum mussten wir eigentlich mit solchen Gesprächen warten, bis der Bundespräsident mal da ist? Wir setzen uns, wenn Sie wieder ganz woanders sind, wir setzen uns weiter zusammen und werden das Thema miteinander vertiefen.“ Oder wenn Sie mir noch ein Beispiel erlauben, ich war vor kurzem in Meiningen, auch zu einer „Ortszeit“, drei Tage. Und dort hatte der dortige noch junge Bürgermeister eine wunderbare Idee, die er schon entwickelt hatte, bevor ich kam, indem er gesagt hat: „Wir machen in regelmäßigen Abständen ein Stadtgespräch. Ich lade 100 Leute an 10 Tischen ein.“ Ich habe eine kleine Einführung gemacht, er hat eine kleine Einführung gemacht. Die Leute konnten sich nicht aussuchen, wo sie sitzen, sie wurden zugelost, Und daraus ergeben sich ganz spannende Gesprächssituationen. Und so ein Gespräch wieder in Gang zu bringen und vielleicht auch einzuüben, dass man mit dem anderen reden kann, ohne ihn mit Hass und Hetze zu verfolgen, das halte ich für ganz zentral wichtig.

**Detjen:** Aber auch die Gespräche, die Sie führen bei solchen „Ortszeiten“, aber auch hier im Schloss Bellevue hat es einen Einfluss darauf, dass die AfD jetzt vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft worden ist. Reden Sie mit Vertretern der AfD noch so wie früher, so wie mit Vertretern von anderen Parteien? Und konkret, das ist ja auch eine Behörde hier, ein Amt. Hat das Auswirkungen, wenn Sie hier möglicherweise Mitarbeiter haben, die Mitglieder der AfD sind oder sein könnten?

**Steinmeier:** Letzteres kann ich mir nicht vorstellen. Wir haben keine Abfrage gemacht, aber mir sind keine Hinweise darauf eingefallen oder zugetragen worden. Ansonsten, wir werden demnächst den Haushalt auch des Bundespräsidialamtes verhandeln. Da werden natürlich auch auf der Seite der Bundestagsabgeordneten AfD-Vertreter sitzen. Und ehrlich gesagt, was noch viel wichtiger ist, wenn ich in den „Ortszeiten“ zu den Runden Tischen einlade, ich weiß es nicht, wer kommt. Und ich kann nicht ausschließen, dass das ein oder andere Mal mindestens jemand dabei war, der AfD gewählt hat, vielleicht sogar jemand, der AfD-Mitglied war.

**Detjen:** Müsste ja wirklich, wenn Sie im Osten sind, Sie sprechen ja auch mit Politikern, da ist das faktisch eine Volkspartei.

**Steinmeier:** Jedenfalls dann, wenn ich das sogenannte kommunalpolitische Gespräch führe, mit dem ich die „Ortszeit“ immer wieder eröffne, da sitzt dann auch ein Fraktionsvorsitzender der AfD dabei. Ich kann das nicht vermeiden, und ich will an den Runden Tischen auch nicht vermeiden, dass 30, 40 Prozent der Meinungen, die im Osten Akzeptanz finden, jedenfalls gegenwärtig Akzeptanz finden, ganz unter-

drückt werden, sondern ich bin schon dafür, dass wir uns dann auch an diesen Tischen, die manchmal wirklich, wirklich schwierig verlaufen, damit auseinandersetzen. Und ich glaube, diese Auseinandersetzung, die ich führe, hilft dann manchmal auch den anderen, die etwas unsicher sind und sich einem sozialen Druck ausgesetzt fühlen, möglichst auch in eine extremistische Ecke zu wandern, ich glaube, diese Auseinandersetzung in der Klarheit, wie ich sie versuche zu führen, hilft auch denen, die verunsichert sind.

**Detjen:** Dann wünsche ich Ihnen eine gute Reise, gute Gespräche in Neuruppin in der kommenden Woche, Herr Bundespräsident, vielen Dank für die Gastfreundschaft im Schloss Bellevue.

**Steinmeier:** Ich danke Ihnen, Herr Detjen.